

## Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die  
**57. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 21. September 1966**  
**58. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Freitag, dem 23. September 1966**

### I. Geschäftsbereich des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung

Abgeordneter  
Drörscher

Ist die Bundesregierung bereit, bei der Konferenz der Kultusminister anzuregen, daß die Oberstufen der höheren und entsprechender Schulen angeregt werden, während des naturwissenschaftlichen Unterrichts in der Umgebung der Heimatgemeinden in einfacher Weise nach Uranerzen zu prospektieren, um damit dem in absehbarer Zeit zu erwartenden Mangel in Europa wenigstens einen Versuch entgegenzustellen, die Suche nach neuen Lagern volkstümlich zu machen?

### II. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

- II. 1. Abgeordneter  
Dr. Müller-  
Emmert
- Wie ist der Stand der Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und den Entsendestaaten über die rechtliche Gleichstellung und soziale Sicherung der bei den alliierten Stationierungstreitkräften beschäftigten Personen?
- II. 2. Abgeordneter  
Müller (Berlin)
- Kann oder inwieweit kann die Bundesregierung die Richtigkeit der Darstellungen in der Süddeutschen Zeitung vom 19. Juli 1966 unter der Überschrift: „Ostberlin drängte jahrelang auf Mauerbau“ erschienenen „Bericht des geflüchteten polnischen Exdiplomaten Tykocinski“ bestätigen?
- II. 3. Abgeordneter  
Müller (Berlin)
- Sind der Bundesregierung noch andere als die in Frage II/2 erwähnten Quellen bekannt, nach denen das Sowjetische Militär „den Ostdeutschen keine eigenen Schritte“ erlaubt und Moskau entscheidet, ob in Berlin Frieden und Ruhe herrscht, oder ob beispielsweise Störmanöver auf den westlichen Zugangswegen nach Berlin erfolgen?

*Fragesteller hat sich mit  
schriftlicher Beantwortung  
einverstanden erklärt.*

II. 4. Abgeordneter  
Dr. Mommer

Ist die Bundesregierung bereit, die Regierungen der Staaten Birma, Kamerun, Laos, Liberia, Madagaskar, Rwanda, Äthiopien, Burundi, Ghana, Israel, Libyen, Nepal, Nigeria, Sambia, Somalia, Tansania, Guinea und Indonesien auf das Erstaunen in der deutschen Öffentlichkeit darüber hinzuweisen, daß diese Länder, obschon ihre Staatsangehörigen in die Bundesrepublik ohne Visum und Gebühren einreisen können, weder die Gegenseitigkeit im Verzicht auf den Visumszwang herzustellen bereit sind, noch dem Beispiel der Staaten Afghanistan, Australien, Neuseeland, Philippinen, Südafrika, Thailand, Venezuela und USA zu folgen, die Besuchsvisten für Deutsche gebührenfrei erteilen?

*Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

### III. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

III. 1. Abgeordneter  
Kubitza

Ist der Bundesregierung bekannt, von welchen Exilorganisationen immer wieder Anschläge auf jugoslawische Vertreter in Deutschland unternommen werden?

III. 2. Abgeordneter  
Kubitza

Was haben die deutschen Behörden in die Wege geleitet, um die in Frage III/1 erwähnten organisierten Verbrechen zu verhindern?

III. 3. Abgeordneter  
Kubitza

Wieviel Straffällige und Verdächtige sind in dem Zusammenhang mit den in Frage III/1 erwähnten Anschlägen bereits des Landes verwiesen worden?

III. 4. Abgeordneter  
Fritsch  
(Deggendorf)

Ist in absehbarer Zeit mit einer Grenzöffnung zur CSSR bei Bayerisch Eisenstein zu rechnen?

III. 5. Abgeordneter  
Dr. Jahn  
(Braunschweig)

Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um die Benachteiligung der ehemaligen Berufsunteroffiziere zu beseitigen, die nach dem Gesetz zu Artikel 131 GG wohl rechtsgleich untergebracht sind, aber in der Mehrzahl die Besoldungsgruppe A 7 oder A 8 nicht mehr erreichen können, sowie auch den Ausgleichsbetrag entsprechend der Vierten Novelle zu Artikel 131 GG nicht erhalten, während die nicht rechtsgleich untergebrachten ehemaligen Berufsunteroffiziere in den Genuß dieses Betrages kommen und danach in ihrer Versorgung besser gestellt sind?

#### IV. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

- IV. 1. Abgeordneter  
**Wagner** Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, die Bewilligungsbestimmungen des Bundes für Mittel, die der Bund über die Landesauftragsverwaltung für kommunale Vorhaben zur Verfügung stellt (insbesondere Bewilligungsbedingungen für Mittel aus dem Grünen Plan) so zu ändern, daß die Verzinsungspflicht für die Zuweisungen vom Zeitpunkt der Überweisung bis zum Zeitpunkt der zweckentsprechenden Verwendung entfällt?
- IV. 2. Abgeordneter  
**Wagner** Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß eine Revision der Bewilligungsbestimmungen in der in Frage IV/1 angedeuteten Richtung zweckmäßig wäre, weil bei kommunalen Bauvorhaben der Verwaltungsaufwand für die Errechnung der Zinsschuld das Ergebnis in der Regel übersteigt und weil ein zeitlicher Zwischenraum zwischen Mittelzuteilung und Verwendung häufig nicht aus Verschulden der Gemeinden entsteht?
- IV. 3. Abgeordneter  
**Dröschner** Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den US-Kurierflugplatz im Herzen der Kurstadt Bad Kreuznach zu verlegen, nachdem das bisher in Aussicht genommene Gelände mit Rücksicht auf den Kurbetrieb in Bad Münster am Stein und in Bad Kreuznach nach siebenjährigen Vorbereitungen nun nicht in Frage kommen soll?
- IV. 4. Abgeordneter  
**Dröschner** Wie konnte es geschehen, daß ein Projekt in der in Frage IV/3 erwähnten Größenordnung so wenig sorgfältig vorbereitet wurde, daß erst unmittelbar vor der Ausführung sich die Unmöglichkeit ergab, den vorgesehenen Platz in Anspruch zu nehmen und damit eine für die Bevölkerung und die Wirtschaft lebenswichtige Frage in ihrer Lösung erneut auf Jahre verzögert zu werden droht?

#### V. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

- V. 1. Abgeordneter  
**Mattick** Ist dem Bundeskanzler bekannt, daß die zuständigen Minister der Bundesregierung dringend davor warnen, Bemühungen der Interzontreuhandstelle, Erleichterungen im Berlin-Verkehr zu erreichen, vorher öffentlich zu verkünden und zu diskutieren?
- V. 2. Abgeordneter  
**Mattick** Hat die Bundesregierung die Absicht, in Zukunft auch die Ergebnisse der in Frage V/1 erwähnten Gespräche öffentlich bekannt zu geben?

- V. 3. Abgeordneter  
**Lemper** Ist der Bundesregierung die krisenhafte Entwicklung im rheinischen Braunkohlenrevier bekannt, durch die im Laufe der nächsten Jahre drastische Maßnahmen unumgänglich werden?
- V. 4. Abgeordneter  
**Lemper** Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die ca. 20 000 Arbeitsplätze im rheinischen Braunkohlenrevier zu sichern?
- V. 5. Abgeordneter  
**Lemper** Ist die Bundesregierung bereit, der Braunkohle die gleichen Stützungsmaßnahmen zu gewähren wie der Steinkohle?
- V. 6. Abgeordneter  
**Fritsch**  
**(Deggendorf)** Sieht die Bundesregierung im Siebenten Zolländerungsgesetz vom 30. August 1966 eine Handhabe, um die für die bayerische Granitindustrie existenzgefährdenden Einfuhren von Granit aus Portugal zu verhindern?

#### VI. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

- VI. 1. Abgeordnete  
**Frau Dr. Diemer-Nicolaus** Teilt die Bundesregierung die Meinung der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge, ihre Rücklagen müßten so hoch sein, um 2 Jahre hindurch eine Arbeitslosenquote von 5% ohne Defizit durchhalten zu können?
- VI. 2. Abgeordnete  
**Frau Dr. Diemer-Nicolaus** Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der in Frage VI/1 erwähnte Grundsatz für die Rücklagenbildung geändert und der Tatsache anzupassen ist, daß seit mehr als 5 Jahren die Arbeitslosenquote 0,5% beträgt?
- VI. 3. Abgeordnete  
**Frau Eilers** Trifft es zu, daß das Ergebnis der auf Initiative des Deutschen Bundestages in Auftrag gegebenen und erstellten Frauenenquete der Presse in einer Konferenz zur Kenntnis gebracht worden ist, bevor die Mitglieder des Deutschen Bundestages die Frauenenquete erhalten haben?

#### VII. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

- VII. 1. Abgeordneter  
**Meister** Wann kann mit der Einführung des O<sub>2</sub>-Systems (Shvvid-Kit) 29623-BI Versorgungs-Nr. 1660-00-978-4025 im Flugrettungswesen gerechnet werden?
- VII. 2. Abgeordneter  
**Meister** Ist das in Frage VII.1 erwähnte System, das ja im Gegensatz zu den mit flüßigem Sauerstoff betriebenen Höhenatemgeräten mit verdichtetem Sauerstoff arbeitet, bereits erprobt?

- VII. 3. Abgeordneter  
**Meister** Ist bei den verschiedenen O<sub>2</sub>-Versorgungsgeräten im Flugwesen die Verwendung von elektrolytisch gewonnenem Sauerstoff wegen seiner hohen Reinheit erwägenswert?
- VII. 4. Abgeordneter  
**Felder** Zu welchem Ergebnis haben bisher die Überlegungen des Bundesverteidigungsministeriums geführt, das Kantinenwesen der Bundeswehr im Interesse der gleichmäßigeren Versorgung der Truppe zeitgemäß neu zu organisieren?
- VII. 5. Abgeordneter  
**Felder** Hat der Erlaß des Bundesverteidigungsministeriums vom 10. März 1966, mit welchem die Änderung des § 13 der alten Kantinenpachtverträge mit sofortiger Wirkung zurückgestellt wurde, gegenwärtig noch Gültigkeit?
- VII. 6. Abgeordneter  
**Felder** Wird eine frühere Anregung des Bundesverteidigungsministeriums, die auf die Gründung einer Genossenschaft durch die Kantinenpächter abzielte, noch weiter verfolgt?
- VII. 7. Abgeordneter  
**Dr. Bechert**  
**(Gau-Algesheim)** Was hat das Bundesverteidigungsministerium an Gründen gegen die Auffassung des Wehrbeauftragten vorzubringen (S. 2 seines Jahresberichtes 1965), die dort genannte Entscheidung der Abteilung Verwaltung und Recht des Ministeriums sei gesetzwidrig, die darauf hinauslief, die Entfernung eines Atomwaffengegner-Plakates aus dem Spind eines Bundeswehrsoldaten sei rechtens gewesen?

### VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

- VIII. 1. Abgeordneter  
**Dr. Hammans** Ist der Bundesverkehrsminister bereit, prüfen zu lassen, ob — wie in den USA — auch für deutsche Straßen ein Belag aus Steinkohle in Frage kommt?
- VIII. 2. Abgeordneter  
**Dr. Hammans** Könnten durch den Verbrauch von Steinkohle für den Straßenbau nicht die Halden bei den Zechen zum Teil abgebaut werden?
- VIII. 3. Abgeordneter  
**Biechele** Ist der Bundesregierung bekannt, daß die kurzfristige Stilllegung der Nebenbahn Singen (Hohentwiel)—Beuren—Büßlingen (Randenbahn) vom 24. September 1966 zu massiven Schädigungen der Interessen des Randengebiets vor allem im Bereich der Landwirtschaft führen muß?

*Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

- |                                                                 |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |                                                                                      |
|-----------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------|
| VIII. 4. Abgeordneter<br><b>Biechele</b>                        | Hat die Bundesregierung keine Möglichkeit gesehen, die vorgeschlagenen Ersatzmaßnahmen, die eine optimale Verkehrsbedienung vor allem im Güterverkehr sicherstellen sollen, zu berücksichtigen, so die Fertigstellung des Ausbaus der B 314 vor der endgültigen Stilllegung der Randenbahn und die Einrichtung öffentlicher tariflicher Ladestellen für Waggonverkehr in Hilzingen und Binningen?                                                                                                                                                                       | } <i>Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.</i> |
| VIII. 5. Abgeordneter<br><b>Biechele</b>                        | Ist die Bundesregierung bereit zu prüfen, wie die durch die in Frage VIII/3 erwähnte Maßnahme zu erwartenden massiven Schädigungen der Interessen des Randengebiets vermieden oder doch gemildert werden können?                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |                                                                                      |
| VIII. 6. Abgeordneter<br><b>Fritsch<br/>(Degendorf)</b>         | Besteht Aussicht, daß im Benehmen mit dem Land Bayern eine vorgeschobene Ausgabestelle für Genehmigungen des Güterkraftverkehrs im grenzüberschreitenden Verkehr nach Österreich im Raum Passau errichtet wird?                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |                                                                                      |
| VIII. 7. Abgeordnete<br><b>Frau Freyh</b>                       | Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung vorsehen, um die sozialen Belange der Mitarbeiter des stillzulegenden Bundesbahnausbesserungswerkes in Frankfurt (Main)-Nied zu regeln?                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       |                                                                                      |
| VIII. 8. Abgeordnete<br><b>Frau Freyh</b>                       | Wann ist mit einer Entscheidung über die Form der Weiterverwendung der Gesamtanlage des stillzulegenden Bundesbahnausbesserungswerkes in Frankfurt (Main)-Nied zu rechnen?                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              |                                                                                      |
| VIII. 9. Abgeordneter<br><b>Dr. Bechert<br/>(Gau-Algesheim)</b> | Was hat die Bundesregierung veranlaßt, um die Gefahren und Schäden für die deutsche Bevölkerung abzuwenden, die nach dem Gutachten der Biologischen Anstalt Helgoland und nach Warnungen und Bedenken von Seiten anderer Wissenschaftler dadurch entstehen können, daß ein Titandioxyd-Werk, das an der Wesermündung gebaut werden soll, regelmäßig große Mengen von Giftstoffen ins Meer nordwestlich von Helgoland versenken will?                                                                                                                                    |                                                                                      |
| VIII. 10. Abgeordneter<br><b>Löbbert</b>                        | Entspricht die Meldung des Westdeutschen Rundfunks (UKW-Programm) und des Regionalfernsehens „Hier und Heute“ von Dienstag, dem 23. August 1966, den Tatsachen, die besagt, daß der Ausbau des Schnellbahnnetzes auf der Bergisch-Märkischen Strecke und der Köln—Mindener Strecke zwischen Duisburg und Dortmund sich um weitere zwei Jahre verzögert, weil keine Bundesmittel für die Finanzierung dieses Projekts, die im übrigen in einem Vertrag zwischen der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen und der Deutschen Bundesbahn geregelt ist, zu erwarten sind? |                                                                                      |

- VIII. 11. Abgeordneter  
**Löbbert** Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Ruhrsiedlungsverbandes und der Gemeinden des Reviers, daß unter allen Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur des Ruhrgebiets dem Ausbau der Schnellbahn die höchste Dringlichkeitsstufe eingeräumt werden muß, weil die Beweglichkeit, die sie der Bevölkerung gibt, Voraussetzung für eine gewerbliche Aufforstung ohne Störung der vorhandenen Wirtschaft ist?
- VIII. 12. Abgeordneter  
**Löbbert** Ist die Bundesregierung bereit, die Möglichkeiten für einen Baubeginn des in Frage VIII/11 näher bezeichneten Bauvorhabens im Jahre 1966 noch einmal zu überprüfen?

#### IX. Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

- |                                                                     |                                                                                                                                                                                                                      |                                                                                      |
|---------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------|
| IX. 1. Abgeordneter<br><b>Dr. Meinecke</b>                          | Ist die Bundesregierung in der Lage, die Summe der zur Zeit in allen Bundesländern eingerichteten Stellen des öffentlichen Gesundheitsdienstes für vollbeschäftigte Ärzte und nichtvollbeschäftigte Ärzte anzugeben? | } <i>Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.</i> |
| IX. 2. Abgeordneter<br><b>Dr. Meinecke</b>                          | Ist die Bundesregierung auf Grund der Gesundheitsberichte der Länder in der Lage, die Zahl der nichtbesetzten (vakanten) Stellen für beide in der Frage IX/1 angeführten Kategorien zu nennen?                       |                                                                                      |
| IX. 3. Abgeordneter<br><b>Dr. Meinecke</b>                          | Bestehen zwischen einzelnen Bundesländern in der Vakanz der in Frage IX/1 erwähnten Stellen gravierende Unterschiede?                                                                                                |                                                                                      |
| IX. 4. Abgeordneter<br><b>Dr. Bechert</b><br><b>(Gau-Algesheim)</b> | Werden in der Bundesrepublik ausländische Lebensmittel eingeführt, die mit ionisierender — radioaktiver oder anderer — Strahlung behandelt und als bestrahlt gekennzeichnet sind?                                    |                                                                                      |

Bonn, den 16. September 1966